

01 Von der Finanz- zur Hungerkrise

Wie sich die Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Ernährungssicherheit auswirkt und wo politisches Handeln möglich ist

AKTUELL



Fotos: Christof Krackhardt (2), Peter Hejl

■ Über eine Milliarde Menschen hungern

Die Krise des gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftssystems verstärkt die seit Jahren bestehende Hungerkrise in den armen Ländern. Noch bevor sich die Krise in den Entwicklungs- und Schwellenländern voll entfaltet hat, droht die Zahl der Hungernden auf weltweit deutlich über eine Milliarde Menschen anzusteigen. Das ist eine nochmalige Steigerung gegenüber dem schon von einer schweren Ernährungskrise geprägten Jahr 2008 mit 963 Millionen Hungernden.

Verursacht wurde die Finanz- und Wirtschaftskrise durch eine Politik des tatenlosen Zuschauens und des Regulierungsverzichts der Regierungen der Industrieländer gegenüber den Finanzmärkten. Mitte 2008 wurde von Wirtschaftswissenschaftlern noch die Hoffnung genährt, dass diese Krise die Entwicklungsländer kaum treffen werde, weil sich ihre Banken mit wenigen Ausnahmen nicht an den Spekulationen mit riskanten Finanzprodukten beteiligt hatten. Doch als Ende des Jahres die westlichen Großbanken einander kaum noch Kredite gewährten, begann sich die Finanzkrise auf die reale Wirtschaft auszudehnen.

Für die Schwellen- und Entwicklungsländer bedeutete das den Abzug von Auslandsinvestitionen und angelegten Kapitals in großen Mengen. Die Nachfrage erlahmte. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum aller Entwicklungsländer fiel nach Schätzungen der Weltbank von 2007 auf 2009 von 8,1 Prozent auf 1,6 Prozent (World Bank 2009a, 2). Wechselkurse und Rohstoffpreise verfelen, Investitionen wurden eingestellt, Migranten-Überweisungen gingen stark zurück. All das führt zu Einbrüchen in den Staatshaushalten der Entwicklungsländer. Die Verschuldung nahm und nimmt wieder zu.

Die Hauptlast dieser Krise tragen die ärmsten Bevölkerungsgruppen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Denn sie haben keine finanziellen Rücklagen

und es gibt kaum soziale Sicherungssysteme in ihren Ländern. Selten sind dort nationale Politiken auf besonders benachteiligte Gruppen ausgerichtet. Die steigende Ernährungsunsicherheit in Entwicklungs- und Schwellenländern wird vor allem durch Einkommensverluste verursacht. Sie wirken sich stark negativ auf die Ausgaben für Nahrung aus, besonders in Familien, die ohnehin den größten Teil ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben. Die Krise trifft die wirtschaftlich Ärmsten auch insofern, als Staatseinnahmen wegbrechen und deshalb die Mittel für Ernährungssicherung, Gesundheit, Bildung und Infrastruktur reduziert werden.

Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Millennium-Entwicklungsziele, die bis 2015 eine Halbierung des Anteils der Hungernden an der Weltbevölkerung anstreben, nur noch mit großen, gemeinsam koordinierten Anstrengungen erreichbar. „Brot für die Welt“ und der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) fordern daher die Bundesregierung auf, ihren politischen Einfluss und ihre finanziellen Mittel vorrangig zur Sicherung der Ernährung und zur Reduzierung des Hungers in den Entwicklungsländern einzusetzen.

Die Bundesregierung soll:

■ ihre Handels-, Investitions- und Entwicklungspolitik auf die Umsetzung des Rechts auf Nahrung ausrichten;

- die Agrarmärkte mit Blick auf die Interessen von Kleinbauernfamilien regulieren und schädliche Spekulation ausschließen;
- ihren Einfluss in internationalen Organisationen zur effektiven Steuerung einer globalen Ernährungssicherheitspolitik nutzen;
- grüne Konjunkturprogramme in Entwicklungsländern finanzieren helfen;
- an der Schaffung einer effektiven Regulierung der Finanzmärkte und einer internationalen Steuerkontrollinstitution mitwirken;
- sich an der Umgestaltung der Vergabepaxis von Weltbank und Internationalem Währungsfonds aktiv beteiligen.

Warum die Finanz- und Wirtschaftskrise den Hunger verschärft – Das Ineinandergreifen von Ernährungs-, Finanz- und Wirtschaftskrise

Sinkende Exporte, fallende Rohstoffpreise

Durch die Rezession in den Industrieländern kommt es zu einer sinkenden Weltmarktnachfrage, was sich im Absinken der globalen Handelsvolumina ausdrückt.¹ Davon besonders stark betroffen sind jene Entwicklungs- und Schwellenländer, die unter dem Liberalisierungsdruck der letzten Jahrzehnte ihre Märkte geöffnet haben und deren Wachstum auf Exportorientierung basiert. Die auf den Export oft nur eines oder weniger Rohstoffe ausgerichteten Wirtschaften Afrikas (z.B. Öl in Nigeria) beispielsweise werden mit einem massiven Rückgang der Exporte um 7,1 Prozent rechnen müssen; auch das Exportwachstum in den ostasiatischen Schwellenländern wird deutlich sinken (UN 2009). Verstärkt wird dies durch den Verfall der Rohstoffpreise um über



Foto: Christof Krackhardt

50 Prozent von 2008 auf 2009 (HWWI 2009, 1), der zum Wegbrechen bedeutender Einnahmequellen führt.

Die niedrigeren Einnahmen aus Exporten und Rohstoffen verschlechtern die Ernährungssituation der Ärmsten dadurch, dass die Staatseinnahmen der Entwicklungs- und Schwellenländer zurückgehen und deshalb zu befürchten ist, dass die Mittel für Ernährungssicherung, und soziale Grundsicherung reduziert werden.

Geringere Überweisungen aus dem Ausland

Generell gilt, je ärmer ein Land ist, desto stärker ist die Abhängigkeit von den Überweisungen der Arbeitsmigranten. Diese Transfers (305 Mrd. US-Dollar im Jahr 2008) betragen knapp das Dreifache der öffentlichen Entwicklungshilfe der OECD-Staaten und sind ein gewichtiger Faktor im Bruttonationalprodukt mancher Länder.² In Krisenzeiten werden Arbeitsmigranten als erste entlassen und müssen in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Für 2009 wird deshalb ein Rückgang dieser Überweisungen von 5–8 Prozent erwartet, was ca. 15 Mrd. US-Dollar entspricht (World Bank 2009b).

Makroökonomisch hat der Rückgang gravierende Folgen für die Staatshaushalte. Für die einzelnen Menschen und Haushalte, die von diesen Überweisungen abhängen, kann ihr Ausbleiben den Absturz in Armut und Hunger bedeuten.

¹ Die WTO prognostiziert einen Rückgang des globalen Handelsvolumens um 9% in 2009, für Entwicklungs- und Schwellenländer um 2-3% (zitiert nach: Neue Züricher Zeitung, „Trüber Ausblick für den Welthandel“, 25.03.09, S. 10).

² z.B. Tadjikistan 45,5%, Moldawien 38,3%, Lesotho 28,7%, Honduras 24,5%.

Rückgang der Finanzströme und Neuverschuldung

Die Verschuldung der Entwicklungsländer nimmt wieder zu, denn die Regierungen versuchen unter dem sozialen und politischen Druck der Krise zunächst einmal, nicht verdientes durch geliehenes Geld zu ersetzen. Nach Angaben der Weltbank kommt es 2009 in Folge der Krise zu einem Rückgang von Finanzströmen in die Entwicklungs- und Schwellenländer, wie z.B. zu einem Abzug ausländischer Direktinvestitionen oder von internationalen Bankkrediten, von 940 auf 165 Mrd. US-Dollar (World Bank 2009a).

Nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds brauchen 26 der ärmsten Niedrigeinkommensländer etwa 25 Mrd. US-Dollar, um diese rückläufigen Finanzströme auszugleichen (IMF 2009a, viii). Die meisten der Niedrigeinkommensländer haben zwar von den beiden Schuldenerlass-Initiativen profitieren können, die auf den nachhaltigen Druck der weltweiten Entschuldungsbewegung durchgesetzt worden sind. Ihre Ausgangsvoraussetzungen für eine erneute Schuldenaufnahme zur Bewältigung der Krise sind daher besser als ohne vorherigen Schuldenerlass.

Sollte die Krise allerdings über das erste Quartal 2010 hinaus anhalten, werden sich arme Länder zunehmend gezwungen sehen, Kredite zu Marktzinsen aufzunehmen, weil sie sich nach den Kriterien von Weltbank und Internationalem Währungsfonds nicht mehr weiter verschulden dürfen. Dann werden die Grenzen zu erneut untragbar hoher Staatsverschuldung schnell wieder überschritten sein.

Schulden reduzieren u.a. die Fähigkeit des Staates, die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Das liegt vor allem daran, dass im Haushalt eines Landes die Sozialausgaben immer mit den Schuldendiensten im In- und Ausland konkurrieren. Schuldendienste genießen dabei leider in der Regel Priorität.



Foto: Thomas Lohnes

Steuerhinterziehung und Kapitalflucht

Steuerhinterziehung und Kapitalflucht aus den Entwicklungs- und Schwellenländern sind besonders problematische Auswirkungen und Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die auf die Ernährungssituation durchschlagen. Den Entwicklungsländern gehen zwischen fünf und zehn Prozent ihrer jährlichen Wirtschaftsleistung durch Kapitalflucht verloren, d.h. aufs Jahr 2008 berechnet etwa 800 Mrd. US-Dollar (IMF 2008). Durch den Mechanismus des „Transferpricings“³ gehen den Entwicklungsländer-Haushalten darüber hinaus pro Jahr 160 Mrd. US-Dollar verloren. Mexiko verliert so z.B. über 8 Mrd. US-Dollar an die USA (Christian Aid 2009).

Mit dem vielen, aus den nationalen Wirtschaftskreisläufen entzogenen Kapital ließen sich die nationale Entwicklung, die Sicherung der Ernährung und gute menschenrechtliche Standards bei Bildung, Gesundheit

³ Legale Steuerflucht begehen viele Großkonzerne und Firmen, die ein Produkt in vielen Produktionsschritten und in vielen Produktionsländern erstellen. Häufig können sie es sich ausuchen, wo sie welche Produktion versteuern und welche Preise für Halbfertigprodukte und Dienstleistungen in Rechnung stellen. 60% des Welthandels findet nicht etwa auf Märkten statt, sondern als interne Verschiebung von Gütern und Dienstleistungen innerhalb eines Konzerns, als sog. Transferpricing.

und Wohnung leicht finanzieren. Zwar wird die Kapitalflucht von vielen Politikern in den Industrieländern kritisiert, doch übersehen sie gerne, dass die Fluchtgelder im Westen angelegt sind und hier den Wirtschaftskreislauf fördern. Das ist auch die Erklärung dafür, warum bislang dieser außerordentlich schädlichen Form von Kapitaltransfer vom Süden in den Norden kein Riegel vorgeschoben worden ist. Im Gegenteil, die Einrichtung einer immer größeren Zahl von Off-Shore Finanzplätzen und Steueroasen hat Steuerhinterziehung und Kapitalflucht Vorschub geleistet.

Steigende Arbeitslosigkeit

Der starke Anstieg der Zahl der Hungernden in Entwicklungsländern wird gegenwärtig vor allem durch Einkommensverluste in Folge der Wirtschaftskrise bedingt. Durch die Wirtschaftskrise wird die Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern ansteigen, wenn auch in unterschiedlichem Maße und zeitlich verzögert. Die Folge ist ein rückläufiger Konsum, der sich auch negativ auf die Einkommensmöglichkeiten im informellen Sektor auswirkt.

Arbeitseinkommen im informellen Sektor, z.B. bei Straßenverkäufern, Hausangestellten oder Transportarbeitern gehen aufgrund zurückgehender Kaufkraft ihrer Auftraggeber verloren. Für Afrika wird für die 390 Millionen extrem Armen, die weniger als einen US-Dollar pro Tag zum Leben haben, mit einem Einkommensrückgang von 20 Prozent (umgerechnet ein Rückgang von 46 US-Dollar pro Person und Jahr) gerechnet (UNESCO 2009).

Allein in China wurden in den letzten Monaten 20 Mio. Wanderarbeiter entlassen, oft in Exportsektoren wie der Textilindustrie. Die Internationale Arbeitsorganisation schätzt, dass 30–50 Mio. Menschen ihre Jobs verlieren könnten, weil aufgrund des internationalen Nachfragerückgangs Fabriken und Minen geschlossen werden. 90 Millionen weitere könnten auf ein Einkommen von 90 US Cents pro Tag zurückfallen (World Bank 2009a, 2). Von jedem bezahlten Arbeitsplatz im formalen Sektor



Foto: Martin Remppis

der Wirtschaft hängt in der Regel die Versorgung von mindestens fünf Familienmitgliedern ab. Die Krise erfasst also unmittelbar bis zu einer dreiviertel Milliarde Menschen auf der Erde.

Diese Einkommensverluste wirken sich stark negativ auf die Ausgaben für Nahrung aus, besonders in Familien die ohnehin den größten Teil ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben (IFAD 2008, 13). Die Krise trifft die Ärmsten in diesen Ländern auch insofern, als Staatseinnahmen wegen geringerer Steuereinnahmen wegbrechen. Deshalb ist zu befürchten, dass die Mittel für Ernährungssicherung, Gesundheit, Bildung und Infrastruktur zurückgefahren werden (Action Aid 2009, 6).

Gestiegene Nahrungsmittelpreise, Spekulation und ungerechte Marktstrukturen

Die Weltmarktpreise für Agrarrohstoffe sind in den letzten Monaten gefallen; doch die Hausse von 2008 hat gezeigt, wie im gegenwärtigen System Nahrungsmittelspekulanten mit der Existenz von Menschen in

Entwicklungsländern spielen können. Die Spekulation mit Getreide und anderen Nahrungsmitteln kann zur Stabilisierung der Preise und Produktionsmengen in der Landwirtschaft beitragen, wenn sie z.B. von registrierten Getreidehändlern an überwachten Börsen geschieht. Wenn die Preise sich allerdings von den üblichen Niveaus stark abzusetzen beginnen und erkennbar wird, dass mehr und mehr Finanzspekulanten durch Preiswetten auf abgeleitete, virtuelle Produkte schnelles Geld machen wollen, kann die Spekulation schädliche Dimensionen erreichen.

In der Zwischenzeit sind die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel wieder um ca. ein Drittel gesunken (HWWI 2009, 1), dennoch kam es in vielen Entwicklungsländern nicht zu einem Rückgang der Nahrungsmittelpreise, da u.a. die Importpreise durch den Verfall der Währung anstiegen.⁴ Auch hohe Transportkosten und Monopolstrukturen bei der Vermarktung sind ein Problem. Potenzielle Gewinne der Bauern durch anhaltend hohe Nahrungsmittelpreise werden dadurch zunichte gemacht, dass bei den Bauern in Entwicklungsländern höhere Produzentenpreise aufgrund der geringen Marktintegration oft nicht ankommen (Fritz 2008, 8). Die bäuerlichen Familien, die weniger erzeugen als verbrauchen, sind ebenso wie die Stadtbevölkerung von einem durch hohe Nahrungsmittelpreise ausgelösten Kaufkraftverfall betroffen.

Ausbleibende Investitionen in ländliche Entwicklung

Sowohl in den nationalen Agrarbudgets der meisten Entwicklungsländer als auch in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit waren die Investitionen in ländliche Entwicklung und Agrarpolitik zwischen 1985 und 2005 stark rückläufig. Viele Bauernfamilien wurden wirtschaftlich an den Rand gedrängt, ihnen fehlten Mittel, um in ihre eigene Produktion zu investieren. So konnten sie auch die Chancen steigender Preise kaum nutzen.

Zunehmende Konkurrenz um Ackerflächen

Der Anbau von Agrotreibstoffen hat in der Landwirtschaft zu einem Verdrängungsdruck auf Anbauflächen geführt, die bislang dem Anbau von Lebensmitteln vorbehalten waren. Der Rückgang des Ölpreises hat diesen Druck in der Zwischenzeit gemindert. Langfristig kann aber keine Entwarnung gegeben werden, da in diesem Bereich der tendenziell wieder ansteigende Ölpreis eine entschlossene Politik zur Umkehr in Richtung Ernährungssicherheit dringend erforderlich macht. Biokraftstoffe, hohe Lebensmittelpreise und das sog. Offshore-Farming⁵ treiben die Landpreise in die Höhe. Dies benachteiligt die Marktposition kleinbäuerlicher Familien, die eine elementare Rolle für die Nahrungsvorsorgung spielen.

Fehlende Mittel für Entwicklungshilfe und Anpassung an den Klimawandel

Aufgrund der gegenwärtigen Krise besteht die Gefahr, dass z.B. die EU-Länder angesichts der erheblichen Schulden, die die öffentlichen Hände zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise aufnehmen mussten, die versprochenen Steigerungen der Entwicklungshilfe zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele und zur Abschwächung des Klimawandels in Frage stellen. Die gegenwärtige Bundesregierung hat zwar wichtige Schritte zur Einhaltung der Versprechen ihrer Vorgängerregierung zur Steigerung der Entwicklungshilfe bisher eingehalten. Von 2009 auf 2010 ist jedoch trotz des voraussichtlichen Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 6 Prozent in Deutschland eine Erhöhung der Hilfe um ca. eine Milliarde Euro erforderlich, damit das Ziel der Bereitstellung von 0,51 Prozent des BIP für die Millennium-Entwicklungsziele erreicht werden kann.

Auch ist zu befürchten, dass Mittel der internationalen Geberschaft für notwendige Investitionen im Klimabereich fehlen. Der zu erwartende Anstieg der Erderwärmung um zwei Grad Celsius und die damit ein-

⁴ Während ein Währungsverfall Großagrarproduzenten durch sinkende Exportpreise begünstigt, verschlimmern steigende Importpreise die Ernährungssituation für Nettonahrungsmittelimportländer.

⁵ D.h. die Produktion landwirtschaftlicher Güter in einem anderen Land für den Eigenbedarf eines relativ wohlhabenderen Landes, z.B. durch Katar in Kambodscha (Fritz 2008, 11).



Foto: Jörg Böthling

hergehende Zunahme extremer Wetterereignisse und Variabilität der Niederschläge wird in tropischen und trockenen Gebieten zu Einbrüchen bei landwirtschaftlichen Erträgen führen (Bals/Harmeling/Windfuhr 2008 und IPCC 2007, 11).

Den von Klimaveränderungen am stärksten betroffenen Entwicklungsländern werden wegen der Finanzkrise in den kommenden Jahren die Mittel fehlen, die Auswirkungen des Klimawandels zu bekämpfen und auf eine nachhaltige Wirtschaftspolitik umzusteigen. Es sei denn, sie erhalten die notwendige Unterstützung durch die Industrieländer, die die Klimakrise verursacht haben.

Konsequentes Handeln für die Sicherung der Welternährung gefordert

Nur wenige Entwicklungsländer haben in ihren Haushalten Raum für Konjunkturpakete. Soziale Sicherungssysteme, wenn vorhanden, können nur einen kleinen Beitrag zur Abfederung der Auswirkungen der Krise leisten. Daher ist das Handeln der multilateralen Institutionen und der Industrieländer nun dringend erforder-

lich. Es gilt, die fatalen Folgen der Krise für die Ärmsten in den Entwicklungsländern abzuwenden.

■ Ausrichtung der Politik an der Umsetzung des Rechts auf Nahrung

Die Bundesregierung muss ihre Regierungsverhandlungen zur Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, ebenso wie ihre Handels-, Investitions- und Entwicklungspolitik – gerade auch dort, wo sie Haushalte direkt unterstützt – auf die Umsetzung des Rechts auf Nahrung als ihrem zentralen Anliegen ausrichten.

Maßnahmen zur Reaktion auf die Wirtschafts- und Hungerkrise sind an den Bedürfnissen besonders verwundbarer Bevölkerungsgruppen zu orientieren. Dazu gehört die Absicherung des Zugangs armer Bevölkerungsgruppen zu produktiven Ressourcen wie Land, Wasser, Saatgut und eine Strategie des landwirtschaftlichen Wachstums, die auf die Armen ausgerichtet ist und das Ziel verfolgt, kleinbäuerliche Strukturen und eine nachhaltige Landwirtschaft zu verwirklichen. Der großflächige Anbau von Agrotreibstoffen zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion ist mit diesem Ziel unvereinbar. Der Ausbau sozialer Sicherungssysteme und Programme zur sozialen Grundsicherung ist zu fördern.

■ Stärkere Regulierung der Agrarmärkte

Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass Nahrungsmittelspekulation künftig überwachten Agrarmärkten und registrierten Handelsfirmen vorbehalten bleibt.

Wenn die Preise landwirtschaftlicher Güter sich erkennbar von den üblichen Niveaus abzusetzen beginnen, und Finanzspekulationen die Preise ungerechtfertigterweise in die Höhe treiben, müssen der Spekulation effektive Strafsteuern auferlegt werden, damit sie sich nicht negativ auf die Ernährungssicherheit auswirken kann. Die Bundesregierung sollte sich für eine Überprüfung der vorhandenen Vorschläge zur zukünftigen Regulierung von Spekulation für die Agrarmärkte einsetzen, wie sie beispielsweise von IFPRI gemacht wurden.⁶

⁶ S. den Vorschlag des International Food Policy Research Institutes zu Einrichtung „virtueller und physischer Reserven“ um Spekulationstendenzen auf den Agrarmärkten begegnen zu können. www.ifpri.org

Die seit Jahren versprochene Kohärenz von Handels- und Entwicklungspolitik muss umgehend verwirklicht und damit das Dumping von europäischen Agrarprodukten endlich beendet werden.

■ **Aufbau einer effektiven Steuerung der globalen Ernährungssicherungspolitik**

Die Bundesregierung muss kurzfristige Nahrungsmittelhilfe und Kriseninterventionsinstrumente in eine langfristige Ernährungssicherungspolitik einbetten.

Sie soll ihren politischen Einfluss geltend machen, damit die vorhandene Nahrungsmittelkonvention zu einer neuen „Food Assistance Convention“ weiterentwickelt wird. Damit würde die Reaktionsfähigkeit des internationalen Systems und der Nationalstaaten auf Nahrungsmittelkrisen verbessert.

■ **Ein globales Konjunkturpaket für Entwicklungsländer**

Die Bundesregierung soll u.a. durch ihre Exekutivdirektoren im Internationalen Währungsfonds und in der Weltbank darauf drängen, dass für alle Entwicklungsländer „grüne“ Konjunkturpakete je nach ihrem Bedarf geschnürt werden, um die Millennium-Entwicklungsziele doch noch zu erreichen. Sie muss dazu auch eigene Mittel bereitstellen.

Die Bundesregierung soll sich für ein Moratorium der Schuldendienstzahlungen der Entwicklungsländer und wie bereits 2002 für ein faires und transparentes Insolvenzverfahren für Staaten einsetzen.

Entwicklungsländer müssen für die Finanzierung der Anpassung an den Klimawandel substantielle Mittel im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen erhalten. Nach dem Verursacherprinzip sind diese Mittel zusätzlich zur Entwicklungshilfe aufzubringen. Die Wirtschaftskrise darf den Einstieg in die „low carbon economy“ nicht verzögern.

■ **Eine effektive Regulierung der Finanzmärkte**

Die Bundesregierung soll aktiv an der Errichtung einer bei der UN anzusiedelnden Internationalen Steuerorganisation mitwirken, die den regelmäßigen Austausch

steuerrelevanter Informationen zwischen allen Ländern organisiert und die vollständige Transparenz des Bankwesens überwacht.

Steuerhinterziehung und Kapitalflucht muss durch die Versteuerung der Produktion im Produktionsland und die Einrichtung einer multilateralen Steuerorganisation bei der UNO beendet werden. Diese Organisation soll einen automatischen Steuerinformationsaustausch für Steuerbürger und -gesellschaften mit internationalen Anlagen für alle Länder vornehmen.

Die Bundesregierung soll Vorschläge ausarbeiten und die politische Unterstützung dafür organisieren, dass die von den G20 beschlossenen Maßnahmen zur Überwachung und Kontrolle der Finanzmärkte mit Sanktionsinstrumenten ausgestattet werden. Die Verhinderung von Finanzkrisen sollte zukünftig nicht mehr daran scheitern, dass die dafür zuständigen Institutionen politische Rücksicht auf Mehrheitseigner nehmen müssen.

■ **Umgestaltung der Vergabepaxis von Internationalem Währungsfonds und Weltbank**

Die Bundesregierung soll sich für eine demokratische, paritätische Besetzung u.a. des Internationalen Währungsfonds einsetzen.

Beim G20-Gipfel Anfang April 2009 wurde die Bereitstellung von zusätzlich 1,1 Billionen US-Dollar für Konjunkturprogramme und Bankenstabilisierung versprochen. Weltbank und Internationaler Währungsfonds haben als Folge der Krise erstmals der Finanzierung von Grundsicherungsprogrammen für bedürftige Bevölkerungsteile in den Entwicklungsländern zugestimmt – ein begrüßenswerter Schritt weg von ihrer neoliberalen Grundorientierung in Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung. Doch sollten beide Institutionen schnell dazu übergehen, ihre Politik der Vergabe von Zuschüssen und Krediten zu ändern. Bis dato sind diese an Konditionen geknüpft, die den Entwicklungs- und Schwellenländern den Weg der Exportorientierung und Marktintegration für ihre wirtschaftliche Entwicklung vorschreiben und die Parlamente in den Ländern übergehen. Solche Konditionalitäten untergraben die Eigenständigkeit der Entwicklungsländer. ■

Literatur

- Action Aid (2009): Where Does It Hurt? The Impact of the Financial Crisis on Developing Countries, London, <http://www.actionaid.org/docs/where%20does%20it%20hurt%20final.pdf>
- Associated Press et al. (2009): 20 Millionen Wanderarbeiter arbeitslos, <http://www.sueddeutsche.de/politik/213/456876/text/>
- Bals, Christoph/Sven Harmeling/Michael Windfuhr (2008): Climate Change, Food Security and the Right to Adequate Food. Stuttgart/Bonn: Brot für die Welt/Diakonie Katastrophenhilfe/Germanwatch
- Christian Aid (2009): False Profits: Robbing the Poor to Keep the Rich Tax Free, London, <http://www.christianaid.org.uk/Images/false-profits.pdf>
- Fritz, Thomas (2008): Dem Weltmarkt misstrauen. Die Nahrungsmittelkrise nach dem Crash, Berlin, <http://fdcl-berlin.de/index.php?id=1514>
- HWWI (2009): HWWI-Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Hamburg, http://hwwa.hwwi.net/typo3_upload/groups/32/hwwa_downloads/Rohstoffindex-tab.xls.pdf
- IFAD (2008): Growing Demand on Agriculture and Rising Prices of Commodities, An opportunity for smallholders in low-income, agricultural-based countries?, Rom, <http://www.ifad.org/events/gc/31/roundtable/food.pdf>
- International Monetary Fund (2008): World Economic Outlook Database, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2008/02/weodata/index.aspx>
- International Monetary Fund (2009): The Implications of the Global Financial Crisis for Low Income Countries, Washington/DC
- IPCC (2007): Summary for Policymakers. In: Parry, M.L. et al. (Hrsg.) (2007): Climate Change 2007: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, Cambridge: Cambridge University Press, S.7–22, <http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/wg2/ar4-wg2-spm.pdf>
- UN (2009): World Economic Situation and Prospects 2009, New York/NY
- UNESCO (2009): Presseerklärung vom 03.03.09, http://portal.unesco.org/en/ev.php-URL_ID=44687&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html
- World Bank (2009a): Global Monitoring Report 2009. A Development Emergency, Washington/DC
- World Bank (2009b): Migration and Development Brief 9, Washington/DC

Herausgeber:

Diakonisches Werk der EKD e. V. für die Aktion „Brot für die Welt“, Staffenbergstraße 76 , D-70784 Stuttgart
 Telefon: (0711) 21 59-0, E-Mail: info@brot-fuer-die-welt.de, www.brot-fuer-die-welt.de
 Evangelischer Entwicklungsdienst, Ulrich-von Hassell-Str. 76, D-53123 Bonn, Telefon: (0228) 8101-0,
 E-Mail: eed@eed.de, www.eed.de

Autoren und Redaktion: Peter Lanzet (EED); Carolin Callenius, Thorsten Göbel, Dr. Bernhard Walter,
 Michael Windfuhr (Brot für die Welt)

Layout: Jörg Jenrich

V.i.S.d.P.: Thomas Sandner

Spenden:

Brot für die Welt

Kontonummer: 500 500 500

Bank für Kirche und Diakonie, BLZ: 1006 1006

IBAN: DE10100610060500500500, BIC: GENODED1KDB

Art.Nr.: 122 121 010

5/2009